

FDP Kreisverband Lindau, Rotmoosstrasse 11, 88131 Lindau (Bodensee)

An die örtliche Presse

Lindau, den 24. Januar 2021

Die FDP fordert: Umdenken statt weiterlenken

(MG / NR) **„Lasst euer Licht leuchten“** war eine Aktion des Friseurhandwerks, welche auch im Landkreis Lindau stattfand. Für 24 Stunden haben die Friseurgeschäfte mit grünem Licht auf die aktuelle Situation ihrer Betriebe aufmerksam gemacht. „Diese Aktion ist eine großartige und unterstützenswerte Aktion“, so der Kreisvorsitzende der FDP im Landkreis Lindau Manuel Grotz mit dem Mitgliederbeauftragten des Kreisverbandes für das Westallgäu Frank Himmel und der Kreisvorsitzenden des Liberalen Mittelstands (LIM) Nicole Rauscher. Seit dem Lockdown Mitte Dezember sind die Mitarbeiter erneut in Kurzarbeit und die Betriebe ohne Einnahmen, leben also wieder von der Substanz. Weil im Sommer, während der Öffnungsphase das Defizit nicht genügend aufgeholt werden konnte, ist der Fortbestand der Unternehmen nun noch mehr in Gefahr, je länger der Lockdown anhält.

Die kleineren Einzelhändler und Dienstleister, zu denen auch das Friseurhandwerk gezählt werden kann, sind meist inhabergeführte Unternehmen, die den Lebensunterhalt von Familien sichern. „Wenn viele kleinere Unternehmen mit nur einem oder wenigen Angestellten in die Insolvenz gehen, ist der volkswirtschaftliche Schaden mindestens identisch, wie wenn Großunternehmen mit vielen Mitarbeiter in Konkurs gehen“, so Grotz. Deshalb drängt die FDP nun noch mehr auf eine schnelle und unbürokratische Unterstützung dieser Unternehmen, die inzwischen noch mehr vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen. Die Hilfgelder müssen den Unternehmen unverzüglich ausgezahlt werden und seitens der Politik bedarf es einer schnellen Entscheidung zu einer Öffnungsstrategie.

Gerade der Einzelhandel, wie auch die Gastronomie und die Friseurbetriebe, hatte vor der erneuten Schließung Mitte Dezember ein gutes Hygienekonzept. Die Infektionszahlen in Deutschland und im Landkreis Lindau sinken stetig. „Deshalb ist es jetzt an der Zeit aus unserer Sicht eine Öffnungsstrategie zu erarbeiten und dem Einzelhandel unter Berücksichtigung der Gesundheit jedes einzelnen Teilnehmers wieder mehr Freiheiten zu geben“, fordert Grotz. „Die Unternehmen und ihre Angestellten wollen keine Hilfsmaßnahmen, sondern wollen ihren Lebensunterhalt eigenständig durch ihre Arbeitskraft verdienen“ so Grotz und Himmel. Eine Lösung wäre eine koordinierte und telefonisch abgestimmte Besuchs- und Einkaufszeiten-Regelung, sofern die Hygieneverordnungen und

Sie finden diese Pressemitteilung auch unter www.fdp-lindau.eu/pressemitteilungen

Vorschriften eingehalten sind und werden. „Was bei Lebensmittelgeschäften erlaubt ist, sollte auch mit weniger Besuchern im Einzelhandel funktionieren“, sind sich die Stadträte Florian Nüberlin und Ulrich Jöckel mit der LIM-Kreisverbandsvorsitzenden einig.

„Zudem müssen nun endlich aus unserer Sicht politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Basis getroffen werden, wie aktuell auch z.B. der Virologe Hendrik Streeck fordert“, fährt Grotz fort. Auch ist aus Sicht der FDP eine Rückkehr zu Entscheidungen in den Parlamenten erforderlich, anstatt wie aktuell Maßnahmen durch Verordnungen der Exekutive durchzusetzen. Die Zahl von 50 Infizierten pro 100.000 Einwohnern basiert darauf, dass die Gesundheitsämter in den Kommunen bei der Kontaktnachverfolgung nicht überlastet werden. Die stationäre und intensivmedizinische Belegung in den Krankenhäusern eines Landkreises im Zusammenhang mit den gemeldeten Infektionszahlen stellen einen besseren Wert dar, wie z.B. ebenfalls der Virologe Henrik Streeck fordert. „Das wichtigste ist, dass die Überlastung des Gesundheitssystems zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger verhindert werden muss“ weiß der Kreisvorsitzende und appelliert deshalb, „dass dies nun endlich mindestens bundeseinheitlich sein muss“. Empört äußert er sich: „Es kann nicht sein, dass Impfstoffe europaweit bestellt werden, jedoch Maßnahmen zur Viruseindämmung weiterhin national und regional erfolgen“. Deshalb fordert Grotz: „Es braucht ein Umdenken in der aktuellen Corona Pandemiepolitik bei allen Beteiligten im politischen Entscheidungsprozess!“.

„Wir reden hier derzeit „nur“ über den momentanen Lockdown und eine weiter drohende Verlängerung, was bereits schon einen messbaren Schaden angerichtet hat“, so die LIM-Kreisvorsitzende. „Was aber niemand im Blick hat und kaum jemand darüber redet, ist der mentale Schaden, die Erschütterung der Menschheit, in die Handlungsunfähigkeit gedrängt worden zu sein, die massiven Einschnitte ins Familien- und Sozialwesen, die Frustration, die Hilflosigkeit, die für viele in die Ausweglosigkeit mündete und bereits zum Suizid geführt hat“. Bis vor Corona war es wichtig, ein gutes und gesundes Klima in den Unternehmen zu schaffen, um gute Ergebnisse erzeugen zu können. „Nun leben die Menschen in Angst, Sorge und entstandenen Problemen, die sich viele nie haben träumen lassen. Selbst nach einer Öffnungsstrategie braucht die Gesellschaft Jahrzehnte, um sich von dieser gewaltigen Erschütterung und Traumatisierung wieder erholen zu können. Traut sich jemand zu, diesen Schaden zu beziffern?“ fragt Rauscher vorsichtig.

Um helfen und unterstützen zu können, stehen die Kreisvorsitzenden Rauscher und Grotz gerne mit Rat und Tat zur Verfügung unter der E-Mail manuel.grotz@fdp-lindau.eu, sowie n.rauscher@lim-bw.de und tauschen sich auch gerne wieder in den kommenden Bürgerrunden mit Ihnen aus.